

**Amt der Burgenländischen Landesregierung
Landesamtsdirektion - Verfassungsdienst**

Zahl: LAD-VD-306/356-1993

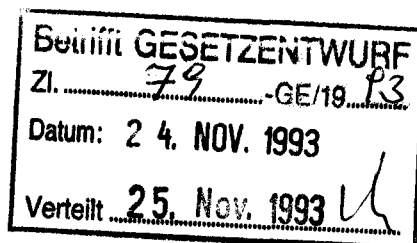
Eisenstadt, am 17.11.1993

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Allgemeine Sozial-
versicherungsgesetz geändert
wird (52. Novelle zum ASVG);
Stellungnahme

Telefon (02682)-600
Klappe 2221 Durchwahl

Bezug: 20.253/13-1/93

Bundesministerium für
Arbeit und Soziales
Stubenring 1
1010 Wien



Das Amt der Burgenländischen Landesregierung erlaubt sich, zu dem mit obbezeichneten Schreiben übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (52. Novelle zum ASVG) folgende Stellungnahme abzugeben:

Die in den § 438 bis 442b des Entwurfes vorgesehene Einrichtung von Beiräten widerspricht nach ho. Auffassung der Stellung der Sozialversicherungsträger als Selbstverwaltungskörper im Hinblick auf ihre Vertretungsfunktion. Zudem wird dadurch dem erklärten Ziel einer drastischen Verringerung der Versicherungsvertreter bzw. der Straffung der Organisation entgegengesteuert. Desweiteren erscheint in der im Entwurf vorliegenden Form und Struktur die Beiratstätigkeit kaum geeignet zu sein, eine Verbesserung der Information und der Versichertennähe zu erreichen.

Beigefügt wird, daß u.e. 25 Mehrausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

Für die Landesregierung:
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:
Dr. Rauchbauer eh.
(Leiter des Verfassungsdienstes)

F.d.R.d.A.

Zl.u.Betr.w.v.

Eisenstadt, am 17.11.1993

1. Dem Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3,
1017 Wien, 25-fach,
2. ✓ Allen Ämtern der Landesregierungen (z.H. der Herren Landes-
amtsdirektoren),
3. Der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ.
Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1014 Wien,

zur gefälligen Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Im Auftrag des Landesamtsdirektors:
Dr. Rauchbauer eh.
(Leiter des Verfassungsdienstes)

F.d.R.d.A.



